

Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik

(VfZ 62(2014), H. 4, S. 569-601)

Claus-Dieter Krohn

Seit einiger Zeit macht Tim B. Müller vom Hamburger Institut für Sozialforschung mit der Ansicht auf sich aufmerksam, dass die Weimarer Republik ein Musterbeispiel demokratischer Engagements und Reformideen gewesen sei. Im letzten Heft 4 der VZG 2014 zitiert er, beginnend mit dem zweiten Reichskanzler Gustav Bauer als Gewährsmann, einen der „vielen Demokraten, die nach dem Ersten Weltkrieg eine transnationale demokratische Dynamik vorantrieben“ (569). Mag das schiefe sprachliche Bild noch hingenommen werden, so bleibt die Frage, wie jemand, der nicht einmal ein Jahr im Amt gewesen ist, in den nachkriegszeitlichen Wirren jener Tage über die schon bemerkenswerten Leistungen des Neuaufbaus (neue Verfassung, Reichssteuerreform) hinaus das von Müller imaginierte demokratische Ordnungsprogramm in größerem Maßstab hätte umsetzen können. Die Niederungen des historischen Prozesses werden von ihm aber nicht ausgeleuchtet.

Müller will zeigen, dass erst sein transnationaler analytischer Blick, seine Betrachtung der deutschen Demokratie mit ihrem Kernelement einer „deutschen Wirtschaftspolitik“ im internationalen Kontext ein angemessenes Verständnis der Weimarer Republik ermögliche. Er gibt zwar zu, dass die Republik instabil und gefährdet war, das diagnostiziert er jedoch auch für alle anderen Demokratien der Zwischenkriegszeit. Und er geht noch weiter, mit einem parallel zu seinem VZG-Aufsatz vorgelegten weiteren Beitrag will er sogar grundsätzlich zur „Revision der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“ beitragen (künftig R).¹ Dort behauptet er, dass die Geschichte Weimars trotz jahrzehntelanger Forschung eine „terra incognita“ sei, eine „Black Box“, in der „seit Urzeiten nicht mehr revidierte Karten“ verwendet würden (R 121).

Die Welt musste also auf ihn warten, um die Remedur dieser unhaltbaren Zustände erleben zu dürfen. Natürlich ist zu verstehen, wenn Jüngere in der Forschung mit

¹ Tim B. Müller, Die Ordnung der Krise. Zur Revision der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ideengeschichte, H. VIII/4, 2014, S. 119-126.

den Hufen scharren und durch steile Thesen auf sich aufmerksam machen wollen. Hier aber liegen Anmaßungen vor, bei denen der Leser sich fragen muss, ob es nur mit selektiver Wahrnehmung oder etwa gar mit Ahnungslosigkeit zu tun hat.

Kurz, Müller will das Feuer neu erfinden. Tenor seiner Einlassungen ist, dass die Weimarer Republik ein „Laboratorium“ subtiler Deutungen der modernen gesellschaftlichen Dynamik gewesen ist, auf denen aufbauend umfangreiche Programme zu deren Zügelung und Lenkung entwickelt wurden. Vor allem hieß das, die Zähmung des Kapitalismus durch staatliche Interventionen, wie sie mit den zeitgenössischen Schlüsselbegriffen „soziale Demokratie“, „planmäßige Wirtschaft“, „Wirtschaftsdemokratie“, „Keynesianismus“ etc. gefasst wurden und die sich nicht von gleichen Engagements in den anderen Demokratien bzw. kapitalistischen Ländern unterschieden.

Diese in der Weimar-Forschung bereits lange und breit diskutierten Theorievarianten und Modellvorschläge aktualisiert in das Bewusstsein der heutigen Zeitgenossen zu heben, wäre verdienstvoll gewesen. Das aber ist nicht Müllers Ziel, er will vielmehr nachweisen, dass der „in der Weimarer Republik entwickelte Ansatz der Wirtschaftspolitik (...) bislang kaum gewürdigt“ wurde (591), so dass sich die Jahrzehnte alten Negativ-Interpretationen zur »Überforderung« und Funktionsunfähigkeit der Weimarer Republik perpetuiert hätten. Seine Annahme, dass erst er die Quellen valide zu würdigen oder zumindest richtig zu interpretieren vermocht habe, zeugt von recht merkwürdigem wenn nicht gar ignorantem Umgang mit der bisherigen intensiven Weimar-Forschung. Zumindest drängt sich dieser Eindruck jenen auf, die sich auch für das Feld interessieren.

Wie Müller war bereits die ältere Forschung in der Hochphase der sozialgeschichtlichen Neuorientierung seit den 1970er Jahre von diesen problemsensitiven originellen Arbeiten fasziniert gewesen, die sich allerdings damit nicht zufrieden gegeben hat, sondern zugleich der Frage nachgegangen ist, warum all die schönen Ideen, theoretische Ansätze und darauf beruhenden Handlungsmodelle nicht haben umgesetzt werden können. Das aber interessiert Müller nicht, realgeschichtliche Kontexte und empirische Details sind nicht seine Sache. Er thematisiert lediglich große redundante Linien der abstrakt-ordnungstheoretischen Diskussion, nicht aber die Kärnerarbeit der daraus gewonnen subdisziplinären sozialen und ökonomischen Ablaufpraktiken und deren Umsetzung in entsprechenden Operationalisierungen. Problematischer aber ist,

dass er trotz aufwändiger Beziehung der internationalen, d.h. angelsächsischen Literatur nicht erklären kann oder will, warum die Demokratie in Deutschland mit all dem von ihm vorgestellten zeitgenössischen Wissen nicht stabiler gestaltet werden konnte, ehe die Weltwirtschaftskrise dann endgültig ihr bereits erkennbares Ende einleitete, im Unterschied zu vergleichbaren Industrieländern – in den USA hat sie mit dem New Deal sogar einen mächtigen Schub bekommen.

Kein Wort verliert er im Übrigen über die erste große Krise der Hyperinflation zu Anfang der zwanziger Jahre, die mit der Depossedierung der Geldvermögensbesitzer, d.h. vor allem des Mittelstandes, das gesellschaftliche Fundament der Republik von vornherein paralyisierte und damit zur Delegitimierung der Demokratie beigetragen hat. Die der damaligen Geldvermehrung zugrunde liegenden politischen Entscheidungen sind darüber hinaus ein Musterbeispiel dafür, wie die alten Eliten des Kaiserreichs unter Verweis auf die herrschende Geldtheorie und vermeintliche Sachzwänge die Grundlagen der Republik von Anfang an erfolgreich zu unterminieren verstanden.

Erstaunlich ist, dass Müller die demokratiefeindlichen beziehungsweise anachronistischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen dieser Eliten und ihre daraus resultierende Haltung nicht sieht oder nicht sehen will - einer der führenden Industriellen sprach Mitte der zwanziger Jahre, also während der sogenannten Stabilisierungsphase, in öffentlicher Versammlung ungeniert davon, den Reichstag nach Hause zu schicken und erst wieder einzuberufen, wenn das Jahr 13 Monate habe; und das war keine Einzelstimme. Müllers argumentativer Aufwand zur Dechiffrierung der zeitgenössischen Möglichkeiten und Erwartungshaltungen in angenommener offener Situation sind, solange er auf dieser Schwundstufe stehen bleibt, nicht mehr als sinnlose Spielerei oder schlimmer, pure Ideologie.

Müller weicht nicht nur der für die Weimar-Forschung zentralen Frage aus, warum sich die Ideen und Visionen in den seit langem bekannten Texten nicht haben realisieren lassen, er lehnt sie auch offensiv ab. Angeblich seien das rückwärtsgewandte Prophetien, für die er die ehemaligen Emigranten aus Nazi-Deutschland verantwortlich macht. Sie hätten so gefragt und das daraus gewonnene „Recycling nationalpädagogischer Merksätze“ (R 121) auf den Weg gebracht, um den politischen Neuanfang im Nachkriegsdeutschland möglich zu machen. Wie kann ein Historiker auf solche Abwege geraten?

Die einschlägigen Arbeiten der einst emigrierten Wissenschaftler, die Müller vor Augen gehabt haben mag, sind alle in den 1930er und 1940er Jahren entstanden, auf jeden Fall vor 1945. Diese Wissenschaftler gehörten vor 1933 gerade zu denen, die über jene von Müller vorgestellten gesellschaftspolitischen Fragen nicht nur nachgedacht haben, sondern die zum großen Teil auch selbst an der politischen Gestaltung mitgewirkt haben, und dabei die Reichweite ihrer Handlungsmöglichkeiten erlebt hatten.

Würde er sich damit valider beschäftigt haben, so wäre ihm vielleicht aufgefallen, dass ihre in Vielem bahnbrechenden und daher bis heute bedeutenden Arbeiten – nicht nur zum Totalitarismus und den Defiziten der demokratischen Entwicklung in Deutschland vor 1933 – ein Stück authentischer erfahrungswissenschaftlicher Re-Analyse sind. Das aber denunziert Müller als verborgene Geschichtsteleologie. Diese Gefahr sieht er bei seinen Texten nicht, die offenbar auf eine naive, von Tatsachen unbelastete Entsorgung der deutschen Geschichte durch geräuschlose Einbettung in die normale Entwicklung des „westeuropäisch-atlantischen Demokratiebogens“ (R 123) zielen.